

Datenschutzinformation gemäß Art 13 und Art 14 DSGVO

Die nachfolgende Information beschreibt, wie wir Ihre personenbezogenen Daten innerhalb der Abteilung Wissenschaft, Forschung und Entwicklung verarbeiten.

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Der Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist:

Verantwortlicher: Bundesminister für Landesverteidigung
Dienststelle: BMLV/Abteilung Wissenschaft, Forschung und Entwicklung
Adresse: Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Telefon: +43 (0) 50201 10 – 22271
Fax: +43 (0) 50201 10 - 17040

Datenschutzbeauftragter: MinR Dr. Gerhard SCHERHAUFER
Adresse: Roßauer Lände 1, 1090 Wien

II. Allgemeines zur Datenverarbeitung

Wir führen verschiedene automationsunterstützte Systeme zur Verwaltung, Speicherung und Verarbeitung von Daten der Projektpartner und Projektwerber und verfolgen damit unterschiedliche Zwecke (Vergabe und Verwaltung von gewerblichen und wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie deren Abwicklung, Beratung zu Projekten und Forschungsprogrammen, Versand von Informationsmaterial, Versand von Einladungen).

Bestimmte personenbezogene Daten müssen im Rahmen der Übermittlung von Projektskizzen, Exposés und ähnlichem erhoben und verarbeitet werden, andere verarbeiten wir im Interesse einer effizienten und geordneten Verwaltung der Projektpartner und dem Management der damit verbundenen Projekte.

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung und Verarbeitung entfällt, vorausgesetzt, dass für die längere Aufbewahrung nicht eine gesetzliche Verpflichtung angeführt werden kann, oder noch Rechtsansprüche bestehen, die gegen uns geltend gemacht werden können und eine Aufbewahrung erfordern.

Unter Anwendung dieser Grundsätze bestehen im Einzelnen folgende Verarbeitungen von personenbezogenen Daten, über die wir nachfolgend unsere Kunden im Einzelnen nach Art 13, 14 DSGVO informieren:

III. Einzelne Verarbeitungsvorgänge

1. Datenverarbeitung „Informationsveranstaltung“

1.1. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir erheben die folgenden personenbezogenen Daten von Besuchern und Teilnehmern im Zuge von Informationsveranstaltungen, wobei der tatsächliche Umfang der Datenarten je nach Informationsveranstaltung, die von der WFE für das BMLV durchgeführt wird variieren kann:

- Angaben zur Person (Vor- und Nachname, Akad. Titel/Grad, Anrede, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
- Angaben zur Organisation/zum Unternehmen (Bezeichnung, Anschrift)
- Angaben zur administrativen Abwicklung der Informationsveranstaltung

1.2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten unter Punkt 1.1. ist Art 6 Abs 1 lit c DSGVO und daher die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der wir unterliegen, sowie die Bearbeitung einer Anfrage von Ihnen sowie die Erfüllung eines Vertrages mit Ihnen und daher Art 6 Abs 1 lit b DSGVO.

Die Bereitstellung der Daten durch Sie ist freiwillig; wenn Sie diese Daten allerdings nicht bereitstellen, können wir Ihre Teilnahme an der Informationsveranstaltung nicht abwickeln und eine Anmeldung nicht durchführen.

Soweit Daten zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken verwendet werden, ist die Verarbeitung der Daten in § 2g Abs. 1 Z 1 FOG geregelt.

1.3. Zweck der Datenverarbeitung

Aufgabe der WFE ist die Planung, Abwicklung und Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Sicherheits- und Verteidigungsbereich. Wir verarbeiten Daten daher zum Zweck der Vergabe und Verwaltung von gewerblichen und wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie zur Durchführung von Informationsveranstaltungen.

1.4. Dauer der Speicherung

Die Daten werden 10 Jahre gespeichert und zwar im Fall einer Anmeldung zu einer Informationsveranstaltung.

1.5. Empfänger von Daten

Ihre Daten werden an folgende Dritte nach Maßgabe der Zweckmäßigkeit bzw. gesetzlichen Auskunftspflichten weitergegeben, und zwar sind das:

1. Dienststellen des BMLV, die als Bedarfsträger in Forschungs- und Entwicklungsprojekten fungieren bzw. ein fundamentales Interesse an einer möglichen Beteiligung als solcher haben
2. Vorgesetzte Dienststellen im BMLV
3. Österreichisches Parlament im Zuge parlamentarischer Anfragen

4. Europäische Verteidigungsagentur
5. Befüllung von Datenbanken nach gesetzlichen Verpflichtungen
6. Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes, BGBl. Nr. 144/1948, in der jeweils geltenden Fassung Bundesministerium für Finanzen (insbesondere §§ 43 bis 47 des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986, in der jeweils geltenden Fassung). Organe der EU und andere Bundesförderungsstellen

Rechtsgrundlage dafür ist jeweils Art 6 Abs 1 lit b und lit. c DSGVO iVm 38 iVm 18, 27 ARR, Art 14 gemäß Art. 15a Vereinbarung, § 12 FTFG, § 9 FFG-G.

Ohne Ihre Einwilligung werden Ihre Daten sonst an keine Dritten weitergegeben.

Eine Übermittlung der Daten an Empfänger in Drittländer oder internationale Organisation findet nur statt, wenn eine Partei des Verfahrens ihren Sitz in einem Drittland hat. Die Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen findet weiters nur unter Einhaltung der in §§ 58, 59 DSG bzw. Art. 44 bis 50 DSGVO normierten Bestimmungen statt.

IV. Rechte der betroffenen Person

1. Recht auf Auskunft

Sie haben gegenüber uns das Recht auf Auskunft über alle Daten zu Ihrer Person, die von der WFE verarbeitet werden. Im Einzelnen können Sie von uns über folgende Informationen Auskunft verlangen:

1. die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
2. die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
3. die Empfänger bzw die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
4. die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
5. das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
6. das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
7. alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
8. das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art 22 Abs 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation

übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Richtigstellung und Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Sie können die Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger oder unvollständiger Daten verlangen. Sie können unter bestimmten Umständen, beispielsweise, wenn die Richtigkeit von Daten streitig ist, bis die Richtigkeit überprüft worden ist, eine Einschränkung der Verarbeitung von Daten dahingehend verlangen, dass diese nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person, oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden dürfen.

3. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie können verlangen, dass die WFE Ihnen - oder soweit dies technisch machbar ist, einem von Ihnen bestimmten Dritten - eine Kopie Ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format übersendet. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

1. die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem Art 6 Abs 1 lit a DSGVO oder Art 9 Abs 2 lit a DSGVO oder auf einem Vertrag gem Art 6 Abs 1 lit b DSGVO beruht, und
2. die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von uns einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

4. Recht auf Löschung

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogener Daten. Dem Löschungsrecht kann dann nicht entsprochen werden, wenn/sofern gesetzliche Verpflichtungen zur Aufbewahrung bzw. Datenverarbeitung derselben entgegenstehen und/oder die Aufbewahrung der Daten zur Rechtsverfolgung erforderlich ist. Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber der FFG geltend gemacht, sind wir verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

5. Recht auf Widerspruch

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art 6 Abs 1 lit e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in diesem Fall nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

6. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

7. Aufsichtsbehörde

Ungeachtet der Möglichkeit einer Klage beim Landesgericht nach § 29 Abs 2 Datenschutzgesetz 2018 und etwaiger anderer Rechtsbehelfe besteht das Recht auf Beschwerde bei der nationalen Aufsichtsbehörde Ihres Aufenthaltsortes, wenn eine unrechtmäßige Verarbeitung personenbezogener Daten angenommen wird. In Österreich ist die Datenschutzbehörde zuständig.